

# **Antragsbuch der AG Außen- und Sicherheitspolitik sowie deren UG Verteidigung zum BPT 2012.2**

Die AG Außen- und Sicherheitspolitik wurde gegründet um piratige Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden.

Das Kernziel der AG Außen- und Sicherheitspolitik ist die programmatische Zuarbeit zur Piratenpartei sowie der Aufbau von entsprechenden Kompetenzen.

Im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl ist es wichtig, entsprechende Positionen erarbeitet zu haben und diese durch LQFB zu bestätigen und durch den BPT in das (Wahl-)programm aufzunehmen.

Struktur: Bundes-AG <http://bit.ly/agaussen>

AG-Leiter: Fotis Amanatides (@DosOz42)

AG-Koordinatoren:

- Nils Schaede (@nilsschaede)
- Björn Semrau (@bjsemrau)
- Wiliam Stappen

Mumble: Alle 2 Wochen Mittwochs 20:30 (NRW Mumble)

Zur Arbeitsgruppe gehören einige inhaltliche Untergruppen, dazu zählen:

## **UG-Verteidigung:**

[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Au%C3%9Fenpolitik/UG\\_Verteidigung](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Au%C3%9Fenpolitik/UG_Verteidigung)

UG-Leiter: Sebastian (@Altstadtpirat)

UG-Koordinator: Andreas Krämer (@Housetier84)

Mumble: Jede Woche Dienstag 20:00 (NRW Mumble)

## **Regionalgruppe München:**

Leiter: Alex Kohler (@AlexKohler1)

## **Regionalgruppe Frankfurt:**

<http://bit.ly/CIBFFM>

Leiter: Sebastian Melzer (@s\_melzer)  
Annette Scharper

## **Regionalgruppe Köln/Bonn:**

Leiter: Fotis Amanatides (@DosOz42)  
Nils Schaede (@nilsschaede)

# Programmanträge AG Aussen.- und Sicherheitspolitik

<b>1</b>	<b>Grundsatzprogrammantrag Außenpolitik (Präambel)</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Außenpolitische Grundsätze</b>	<b>4</b>
2.1	(Variante Potsdam)	4
2.2	(Variante München)	6
<b>3</b>	<b>Ablehnung von Körperstrafen</b>	<b>7</b>
<b>4</b>	<b>Ablehnung der Todesstrafe</b>	<b>8</b>
<b>5</b>	<b>Kategorische Ablehnung Ethnischer Säuberung</b>	<b>9</b>
<b>6</b>	<b>Stärkung der UNO</b>	<b>10</b>
<b>7</b>	<b>Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen</b>	<b>11</b>
<b>8</b>	<b>Verantwortungsbewusster Rüstungsexport</b>	<b>12</b>
<b>9</b>	<b>Transparente Aussenpolitik</b>	<b>13</b>
<b>10</b>	<b>Transparente Europäische Außen- und Sicherheitspolitik</b>	<b>14</b>
<b>11</b>	<b>Piratige Sicherheitspolitik</b>	<b>15</b>
<b>12</b>	<b>Intelligentere Lösungsansätze gegen terroristische Bedrohungen</b>	<b>16</b>
<b>13</b>	<b>Thema: Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle</b>	<b>17</b>
13.1	Programmantrag: Vision einer kernwaffenfreien Welt	17
13.2	Programmantrag: Ablehnung der nuklearen Teilhabe	18
13.3	Programmantrag: Abzug der Kernwaffen aus Deutschland	19
13.4	Programmantrag: Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa	20
13.5	Programmantrag: Erweiterung der IAEO Kontrollen und Verbesserung der Finanzierung	21
13.6	Programmantrag: Transparenz der Bestände von Kernwaffen und Sprengköpfen	23
13.7	Programmantrag: Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen (geändert)	24
13.8	Programmantrag: Unterstützung des CTBT und FM(C)T Vertrages	25
13.9	Programmantrag: Förderung von Kernwaffenfreien Zonen	26
<b>14</b>	<b>Positionspapier Israel / Palästina</b>	<b>27</b>
<b>15</b>	<b>UG Verteidigung</b>	<b>30</b>
15.1	Transparenz im Verteidigungsausschuss	30
15.2	Mitbestimmung der Bevölkerung bei Militäreinsätzen	32
15.3	Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption im Verteidigungsausschuss	33
15.4	Transparenz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern	34
<b>16</b>	<b>Adoptierte Anträge</b>	<b>35</b>
16.1	Interventionskritische Außenpolitik (hat jemand "tm" ohne Absprache eingestellt)	35

# 1 Grundsatzprogrammantrag Außenpolitik (Präambel)

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Grundsatzprogramm Außenpolitik (Präambel)

Die Veränderung der internationalen Beziehungen durch die Digitalisierung der Welt macht es notwendig außen- und sicherheitspolitische Konzepte für das 21. Jahrhundert zu erarbeiten, die diesen Rechnung tragen. Als Piraten können wir bei der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten nicht wegschauen. Die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen des Piratenkodexes ist eine ganzheitliche Betrachtung sozialer, politischer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Faktoren. Piraten sind dabei erfinderisch nachhaltige und effektive Lösungen in den internationalen Diskurs einzubringen.

## **Begründung:**

Als Teil einer transnationalen Bewegung sind wir uns der immer weiter voranschreitenden Vernetzung der Welt bewusst und haben auch in den letzten Jahren die Auswirkungen dieser Vernetzung in nationalen und internationalen Konflikten begleitet. Während einige Piraten Aufbauhilfe für internationale Piratenparteien leisten, helfen zahlreiche andere Piraten aktiv im "Arabischen Frühling". Das Handeln dieser aktiven Piraten basiert auf unserem Kodex: Nicht wegschauen, Mund aufmachen und erfinderisch sein. Diese Handlungsweisen sollen auch weiterhin die Grundlagen unseres Handelns darstellen.

(Verwandte Grundsatzgedanken haben wir hier explizit nicht wiederholt, da diese bereits im bestehenden Grundsatzprogramm enthalten sind.)

Unser Kodex selbst sollte ja den meisten bekannt sein: <http://wiki.piratenpartei.de/Kodex>

-----  
<https://aussenpolitik.piratenpad.de/107>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4822.html>

Ja: **362 (74%)** · Enthaltung: **25** · Nein: **129 (26%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA479](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA479)

## 2 Außenpolitische Grundsätze

### 2.1 (Variante Potsdam)

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Potsdamer Grundsätze

Sechs Grundsätze einer piratigen Außenpolitik

1. National wie international sind wir für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und unterstützen auf diesem Weg diejenigen, die mehr Demokratie wagen. Als Teil der transnationalen Piratenbewegung ist für uns Gerechtigkeit in einem Land auf Kosten der Gerechtigkeit in einem anderen Land nicht akzeptabel.
2. Mittelfristig sind möglichst alle Völker und alle Menschen demokratisch einzubinden. Dies erfordert die Schaffung oder Demokratisierung internationaler und transnationaler Organisationen. Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe jedes Individuums, insbesondere zu Anliegen, die einen selbst betreffen, ist sicherzustellen.
3. International wollen wir geeignete Rahmenbedingungen für eine faire Handelsordnung schaffen. Viele gegenwärtige wirtschaftspolitische Absprachen dienen nicht der Fairness, sondern sichern einmal erworbene Vorteile ab und verhindern dadurch die autonome Entwicklung von Partnern in der Welt. Dies geschieht vielfach zum Nachteil aller Verbraucher und zum Nachteil vieler Volkswirtschaften.
4. International ist Transparenz in den Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, da es seine Politik ist - und nicht die Politik und der Herrschaftsanspruch von Anderen.
5. Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig und kann nicht nur nationalstaatlich gesichert werden. Jeder Mensch hat überall und zu jederzeit Anspruch auf Achtung seiner international anerkannten Menschenrechte einschließlich seiner materiellen Grundbedürfnisse. Wir sehen uns gefordert, diesen Anspruch auch weltweit einlösbar zu machen.
6. Die Teilhabe am digitalen Leben in der werdenden transnationalen Gesellschaft ist ein zentrales Gut. Piraten sind für freien internationalen Wissensaustausch, dem z.B. Urheberrecht, Sortenschutz und Patentrechte nicht entgegenstehen sollten.

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/92>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4470.html>

Ja: **319 (78%)** · Enthaltung: **14** · Nein: **91 (22%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA480](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA480)

#### **Historie:**

#### **Entwicklung und Vorgeschichte der Potsdamer Variante unserer außenpolitischen Grundsätze:**

- Es gab viele verschiedene - und in Aussicht auf den Bundestagswahlkampf eine zunehmende Anzahl - Gesamtentwürfe für Grundsätze einer piratigen Außenpolitik, die aufgrund ihres Umfangs nie sinnvoll besprochen werden konnten.
- Deshalb wurde am 16.05.2012 Eine Idee des AG-Treffens vom 29.04.2012 am Rande des BPT aufgegriffen und beschlossen am 25.05.2012 eine neue Vorgehensweise zu beschließen. Protokoll
- Am 25.05.2012 wurden beschlossen, in einem Pad bis zur nächsten Sitzung wesentliche Ausgangspunkte im Kodex (und ähnlich wichtigen Texten der PP) festzuhalten - sowie kurze Schlussfolgerungen für die piratige Außenpolitik. (Der Ausgangspunkt sollten so nicht die Gedanken einzelner sondern die Grundannahmen der Piraten sein.) Protokoll

- Am 01.06.2012 erfolgte eine Ordnung der Elemente, da aber wenige Beitragende da waren wurde die Zeit zum Vorteil weiterer Impulse verlängert und die Arbeit im Pad durch eine hierfür eingerichtete Seite im Piratenwiki ergänzt. Protokoll
- Am 14.06.2012 wurde hieraus eine Auswahl getroffen und im genannten Pad festgehalten.
- Am 21.06.2012 fand eine (erste) Schlussredaktion der Arbeitsgruppe statt, die am 27.06.2012 so inhaltlich verabschiedet wurde. Protokoll
- Anschließend wurde in einer Redaktionsklausur der Münchener Regionalgruppe der Text etwas "entholpert". Endfassung
- Dies ist soweit die "interne" Erarbeitung gewesen, wobei in fast allen Schritten auch Nicht-AG-ler und Nichtpiraten beteiligt waren.
- Am 29.07.2012, im Rahmen der Potsdamer Konferenz, ist der Text neu von Piraten und Nichtpiraten diskutiert worden, was zu einem neuen Ergebnis führte.
- In der Sitzung der AG wurde dann am 08.08.2012 ein Alternativtext eingebracht, der so kurzfristig nicht besprochen werden konnte. Da nicht klar war, weshalb der Text wie abweichen sollte wurde beschlossen, sich am 13.08.2012 sich das Ding in Ruhe anzugucken und weiter zu diskutieren. Pad
- Am 13.08.2012 wurde in einer Mumblekonferenz an dem unter anderem Mitglieder der AG teilnahmen der neue Alternativantrag weiter betrachtet und ergänzt.
- Am 22.08.2012 wurde durch die AG beschlossen, die Potsdamer Version nicht für ungültig zu erklären und sie wie geplant ins LQFB einzugeben. Wortlaut hier.
- Am 31.08.2012 wurde die Potsdamer Version ins LQFB eingeben. Link:

## 2.2 (Variante München)

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Außenpolitische Grundsätze der Piratenpartei

1. National wie international sind wir für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung und unterstützen auf diesem Weg diejenigen, die mehr Demokratie wagen. Als Teil der transnationalen Piratenbewegung ist für uns Gerechtigkeit in einem Land auf Kosten der Gerechtigkeit in einem anderen Land nicht akzeptabel.
2. Das Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist international gültig und kann nicht nur nationalstaatlich gesichert werden. Deshalb sind mittelfristig möglichst alle Staaten und alle Bürger demokratisch einzubinden. Dies erfordert die Aufwertung und Demokratisierung internationaler und transnationaler Organisationen wie EU und UNO.
3. Die Förderung von Kultur und Wissen sowie der Ausgleich zwischen den Ansprüchen von Urhebern und Öffentlichkeit sind globale Anliegen. Der freie Austausch von Informationen, Waren und Gütern begründet und bedeutet gemeinschaftlichen Fortschritt. Gegenläufige Strukturen, oft durch Spezialinteressen global verankert, gilt es zu überarbeiten.
4. International wollen wir geeignete Rahmenbedingungen für offene Märkte und freien Informationsaustausch herstellen. Viele gegenwärtige wirtschaftspolitische Absprachen öffnen Märkte nicht, sondern sichern einmal erworbene Vorteile z.B. durch Handelsabkommen und Subventionen ab. Dies ist vielfach zum Nachteil aller Verbraucher sowie zum Nachteil vieler Volkswirtschaften.
5. International ist Transparenz in den Verhandlungen und Verträgen ebenso wichtig wie im nationalen Rahmen. Jeder Bürger hat das Recht auf Einsicht in alle Unterlagen, da es seine Politik ist - und nicht die Politik und der Herrschaftsanspruch von Anderen.
6. Jeder Mensch hat Anspruch auf Ernährung, Bildung, eine medizinische Grundversorgung; freie Religionsausübung und sexuelle Selbstbestimmung. Wir sehen uns ~~konkret~~ gefordert, diesen Anspruch auch weltweit ~~praktisch überall auf der Welt~~ einlösbar zu machen.
7. Die Teilhabe am digitalen Leben ist ein weltweites Gut. Zur Verwirklichung einer gerechteren Welt ist der freie Informations- und Meinungsaustausch innerhalb einer werdenden transnationalen Gemeinschaft entscheidend. Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe jedes Individuums, insbesondere zu Anliegen, die einen selbst betreffen, ist sicherzustellen.

=====

Anmerkung:

Dieser Vorschlag wurde der über mehrere Sitzungen in der AG Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet und dann von der Bayrischen Regionalgruppe der AG abschließend redigiert durch (Vicco). Die AG Außen- und Sicherheitspolitik bedankt sich bei allen, die sich an verschiedenen Stellen in diesen Prozess konstruktiv eingebracht haben. Eine weiter entwickelte Potsdamer Variante befindet sich unter "Außenpolitische Grundsätze der Piratenpartei (Variante Potsdam)" hier ebenfalls parallel zur Begutachtung. Eine kurze Übersicht der Vorbereitung des Textes findet sich im Wiki der AG Außen- und Sicherheitspolitik unter [http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Au%C3%9Fenpolitik/AGAP-Position\\_5](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Au%C3%9Fenpolitik/AGAP-Position_5)  
[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Au%C3%9Fenpolitik/AP-Leitseite-AP\\_Grundsätze](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Au%C3%9Fenpolitik/AP-Leitseite-AP_Grundsätze).

-----

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/109>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4486.html>

Ja: **304 (93%)** · Enthaltung: **13** · Nein: **24 (7%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA481](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA481)

### 3 Ablehnung von Körperstrafen

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Ablehnung von Körperstrafen

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Sinne der Menschenrechte international für die Abschaffung von Körperstrafen ein.

-----

Ablehnung von Körperstrafen

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/110>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4827.html>

Noch kein LQFB Ergebnis, da diese Initiative noch läuft.

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA482](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA482)

## 4 Ablehnung der Todesstrafe

Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

### Ablehnung der Todesstrafe

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich im Sinne der Menschenrechte international für die Abschaffung der Todesstrafe ein.

-----  
<https://aussenpolitik.piratenpad.de/108>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4820.html>

Ja: **541 (97%)** · Enthaltung: **8** · Nein: **14 (3%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA483](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA483)



## 5 Kategorische Ablehnung Ethnischer Säuberung

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Kategorische Ablehnung ethnischer Säuberungen

Die Piratenpartei lehnt gewaltsame Vertreibung, Umsiedlung, Deportation und Mord kategorisch ab. Sie unterstützt ~~alle~~ UN-Initiativen die das Ziel haben, dies zu verhindern.

Begründung:

Da der Begriff der "Ethnischen Säuberung" wissenschaftlich nicht abschliessend definert ist, folgen wir den Ausführungen des Internationalen Strafgerichtshof, in (ICC, Rome Statue Article 7 - english)(IStGH, Römisches Statut, Artikel 7 - deutsch) und dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY, Updated Statute of the International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia, Article 5.)

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/87>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4819.html>

Ja: **392 (93%)** · Enthaltung: **5** · Nein: **29 (7%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA484](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA484)

## 6 Stärkung der UNO

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

### Stärkung der UNO

Die Vereinten Nationen als wichtigste Institution für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten der Erde bedarf innerer Reformen, um für die neuen Herausforderungen gerüstet zu sein. Eine angemessene Beteiligung aller Kontinente am Sicherheitsrat ist dauerhaft sicherzustellen. Insbesondere sollen Schwellenländer, angesichts ihrer wachsenden regionalen Bedeutung, stärker an den Mechanismen zur Wahrnehmung globaler Verantwortung beteiligt werden. Die Vereinten Nationen können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn Mitgliedsstaaten die Modalitäten ihre Beitragszahlungen verbessern. Es bietet sich an, die Vereinten Nationen in Zukunft noch stärker an der Koordination von Katastrophenhilfeprojekten zu beteiligen.

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/64>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4572.html>

Ja: **298 (71%)** · Enthaltung: **15** · Nein: **119 (29%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA485](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA485)

### Begründung:

Das System der Vereinten Nationen leidet an folgenden Symptomen, die es zu verbessern gilt:

- Dominierender Einfluss der Industrienationen gegenüber den restlichen
- Staaten
- Überproportionaler Einfluss einzelner nationaler Interessen
- Liquiditätsprobleme aufgrund nicht vorbildlicher Zahlungsmoral mancher
- Industriestaaten

## 7 Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

Verteidigungspolitische Richtlinien: Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

Die Piratenpartei setzt sich für die Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen (UN) ein.

-----  
Teilnahme an Einsätzen der Vereinten Nationen

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/111>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4300.html>

Ja: **491 (89%)** · Enthaltung: **50** · Nein: **58 (11%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA486](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA486)

### Erklärung:

UN bedeutet: [http://www.un.org/Depts/german/un\\_charta/charta.pdf](http://www.un.org/Depts/german/un_charta/charta.pdf)

"(1) Alle Mitglieder der Vereinten Nationen verpflichten sich, zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dadurch beizutragen, daß sie nach Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen, Beistand leisten und Erleichterungen einschließlich des Durchmarschrechts gewähren, soweit dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

(2) Diese Abkommen haben die Zahl und Art der Streitkräfte, ihren Bereitschaftsgrad, ihren allgemeinen Standort sowie die Art der Erleichterungen und des Beistands vorzusehen." (Art. 43 UN-Charta)

Dieses Meinungsbild wurde erstellt durch die Untergruppe Verteidigungspolitik.

[https://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Außenpolitik/UG\\_Verteidigung](https://wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/UG_Verteidigung)

## 8 Verantwortungsbewusster Rüstungsexport

Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

### Verantwortungsbewusster Rüstungsexport

Die Piratenpartei Deutschland stellt sich gegen einen umfassenden Kriegswaffenexport in diktatorische und menschenrechtsverachtende Länder. Exportentscheidungen die allein Aufgrund von machtpolitischen und finanziellen Interessen getroffen werden, ohne dabei die Menschenrechts- und Konfliktlage zu beachten lehnen wir ab.

#### Begründung:

Die rechtlich nicht bindenden Rüstungsexport-Richtlinien aus dem Jahr 2000 haben sich in den letzten zwölf Jahren als unzureichend erwiesen, einen Rüstungsexport aus Deutschland in sogenannte Drittländer, die weder EU noch NATO angehören oder ihnen gleichgestellt sind, konsequent im Sinne der Richtlinien zu gestalten. Dies hat sich besonders am Beispiel der nordafrikanischen und Nahost-Region gezeigt, wobei hier auch Waffen aus Deutschland in den Konflikten des „Arabischen Frühlings“ zum Einsatz kamen. Gerade im Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern, von Produktionsanlagen und von Dienstleistungen, wie dem Training von Sicherheitskräften durch Organe der Bundesrepublik Deutschland, hat sich hier im Schatten der als restriktiv dargestellten Rüstungsexport-Richtlinien eine neue Qualität des Exports und der Kooperation entwickelt, die die Grenzen des klassischen Rüstungsexports längst gesprengt hat. Für uns Piraten ist auch die Einschränkung des Exports von "Dual Use"-Gütern, die zur Begrenzung der Meinungsfreiheit im Internet und der elektronischen Überwachung der Bevölkerung verwendet werden, besonders wichtig. Dieser „Sicherheitsexport“ an Regierungen, der auch zunehmend mit Technologietransfer einher geht, ist einzustellen.

Mit den Prinzipien der Piratenpartei sind derartige Kooperationen und Exporte nicht vereinbar. Beschränkung der Informationsfreiheit und des Rechts auf selbstbestimmtes Leben dürfen nicht von deutschen Rüstungsexporten eingeschränkt oder bedroht werden.

Wir stehen auch international zu unserem Grundsatzprogramm. Der umfassende Rüstungsexport in so genannte Drittländer ist restriktiv zu handhaben und darf bei Vergehen gegen die Kriterien des gemeinsamen Standpunktes der EU nicht stattfinden. Dies muss im Rahmen von rechtlich bindenden Richtlinien stattfinden. Die Einhaltung dieser Richtlinien muss, im Gegensatz zu den bisherigen Initiativen von CDU/SPD/Grüne und FDP, effektiv kontrolliert und wirksam sanktioniert werden.

Der deutsche Rüstungsexport muss als Teil einer umfassenden, transparenten Außenpolitik verstanden werden, die möglichst Widerspruchsfrei ist.

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/R-fcsEx>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4816.html>

Ja: **288 (70%)** · Enthaltung: **6** · Nein: **121 (30%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA622](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA622)

## 9 Transparente Aussenpolitik

### Transparente Außenpolitik

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Die Piratenpartei fordert die deutsche Bundesregierung auf, die langfristigen außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland transparent und offen zugänglich zu dokumentieren. Die Dokumentation muss in einem vom Auswärtigen Amt zu publizierendem Weißbuch erfolgen und bei gegebenem Anlass aktualisiert werden.

#### **Begründung:**

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts war das primäre Ziel der deutschen Außenpolitik durch das Grundgesetz klar definiert - die deutsche Wiedervereinigung. Seitdem fehlt der Bundesrepublik Deutschland dieser klare Leitfaden in der Außenpolitik. Aufgrund der weltpolitischen Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte ist Deutschland zunehmend bereit sich - auch militärisch - an internationalen Konflikten zu beteiligen. Dabei wirkt die deutsche Außenpolitik häufig reaktiv, da es gleichzeitig an eindeutigen Richtlinien mangelt, welche die Ziele und Grenzen der deutscher Außenpolitik definieren.

Gegenwärtig bietet einzig das vom Bundesministerium für Verteidigung herausgegebene Weißbuch einen Hinweis auf die durch Deutschland vertretenen außenpolitische Positionen in Konflikten. Dieses ist erwartungsgemäß stärker von militärstrategischen und sicherheitspolitischen Aspekten geprägt. Eine umfassende, gesamtheitliche außenpolitische Ausrichtung und Perspektive bleibt es dabei allerdings schuldig. Wir sind der Meinung, dass es die natürliche Aufgabe des Außenministeriums ist, diese Richtlinien zu dokumentieren.

Im Sinne der transparenten Nachvollziehbarkeit des politischen Handelns hat der Bürger das Recht zu wissen, welche Ziele sein Staat verfolgt. Nur so besteht für den mündigen Bürger eine angemessene Grundlage die diesbezügliche Debatte nachvollziehen zu können. Ein guter Leitfaden dient auch immer der kohärenten und entschlossenen Verfolgung gesetzter Ziele und gibt in schwierigen Situationen eine Entscheidungshilfe zur Hand. Somit wird Verhaltenssicherheit geschaffen, welche unmittelbar die Sicherheit Deutschlands erhöht.

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/83>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4815.html>

Ja: **417 (97%)** · Enthaltung: **9** · Nein: **15 (3%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA488](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA488)

## 10 Transparente Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Transparente Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Im Zuge der Entwicklung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union wurden Institutionen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt und erweitert. Die Piratenpartei fordert Transparenz, auch in der Außenpolitik. Deshalb steht sie dafür ein, dass die EU-Organe die langfristigen außenpolitischen Ziele der EU definieren und öffentlich kommunizieren.

### **Begründung:**

Mit jedem Kompetenzzuwachs muss auch die Transparenz wachsen. Die Piratenpartei sieht angesichts der zahlreichen Erweiterungen des EU-Vertrages im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Handlungsbedarf. So heißt es, dass eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik schrittweise im Europäischen Rat erarbeitet und beschlossen werden soll (Art. 42 EU, Absatz 2). Auch wenn wir diese Entwicklungen (weg vom Nationalstaat) grundsätzlich unterstützen und für notwendig erachten, haben diese gewissen Prinzipien der Transparenz und Demokratie zu genügen, um einerseits legitimiert und andererseits überhaupt erfolgreich sein zu können.

Der genannte Prozess zur Ausarbeitung von Leitlinien einer Außen- und Sicherheitspolitik muss von einem demokratischen Diskurs und interessierten Bürgern begleitet werden. Dafür ist es notwendig aktuellen Verhandlungsstand stets öffentlich zu machen, jedoch wird das wegen einer fehlenden europäischen Öffentlichkeit schwerlich ausreichend sein. [+ Bericht der Außen/Verteidigungsminister an nationale Parlamente?]

In diesem öffentlichen und internen Prozess im Europäischen Rat sollen simultan klare Zieldefinitionen graduell entstehen und einer zukünftigen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik klare Konturen geben. Dies wird es auch erforderlich machen in regelmäßigen Abständen eine Schrift über langfristige Ziele, Strategien und Instrumente zu veröffentlichen, die in etwa bspw. der National Security Strategy der USA oder Großbritanniens entspricht. Dabei sind nicht-militärische Elemente ebenso zu gewichten wie militärische.

Nichtzuletzt wird durch klare, öffentliche Zielsetzung eine weiterführende Europäische Integration auf diesem Gebiet begünstigt. Ein Politikfeld, das Nationalstaaten zu ihrer Kernkompetenz zählen, kann nur dann weiter supranationalisiert werden, wenn Vertrauen in die gemeinsame Sache vorhanden ist. Transparenz schafft dieses Vertrauen.

Transparente Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/83>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4815.html>

Ja: **417 (97%)** · Enthaltung: **9** · Nein: **15 (3%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA489](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA489)

## 11 Piratige Sicherheitspolitik

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

### Piratige Sicherheitspolitik

Die Piratenpartei setzt sich für eine globale Sicherheitspolitik ein, welche nicht nur die Symptome von Konflikten aufgreift, sondern deren Ursachen angehen möchte. Dies kann nur erreicht werden mit einem außersicherheitspolitischen Ansatz, der eine Gesamtbetrachtung politischer, rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Themen enthält. Unsere Sicherheitspolitik muss eine langfristige Präventionspolitik sein, die auf Vermittlung und Deeskalation setzt. Wir bleiben einer Kultur der politischen Zurückhaltung mit militärischen Mitteln verpflichtet. Das Primat der Politik bedingt, dass der Einsatz militärischer Mittel immer nur eine letzte Option sein kann.

Begründung:

Sollte in diesem Fall selbsterklärend sein.

### Piratige Sicherheitspolitik

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/89>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4570.html>

Ja: **370 (90%)** · Enthaltung: **22** · Nein: **41 (10%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA490](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA490)

## 12 Intelligenterere Lösungsansätze gegen terroristische Bedrohungen

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Intelligenterere Lösungsansätze gegen terroristische Bedrohungen

Die momentanen Maßnahmen gegen terroristische Bedrohungen entsprechen einer Reaktionspolitik, welche pauschal die Rechte unbescholtener Bürger beschneidet. Freiheit und Bürgerrechte geben wir aber nicht zugunsten einer schwer nachweisbaren Verbesserung der Sicherheitslage auf.

Aus Sicht der Piraten bedarf es stattdessen einer Präventionspolitik. Es ist eine Analyse der Ursachen, aufgrund derer sich Menschen radikalisierten, nötig. Ein langfristiger außensicherheitspolitischer Ansatz ist hierzu erforderlich, der auch eine Gesamtbetrachtung politischer, rechtlicher, sozialer, wirtschaftlicher, ökologischer und militärischer Faktoren einschließt.

### **Begründung**

Seit über einem Jahrzehnt befinden sich manche Staaten in einem sogenannten „Krieg gegen den Terror“. Wir Piraten finden nicht nur die Wortwahl unpassend. Die Antwort der Innenpolitik auf Anschläge und Drohungen war stets ein Herumdoktern an Symptomen (als Reaktion auf den „Schuhbomber“ werden Schuhe gescannt, als Reaktion auf den „Unterhosenbomber“ werden Nacktscanner gefordert). Weder hierdurch noch durch verstärkte Überwachungsmaßnahmen ist jedoch ein Mehr an Sicherheit entstanden. Wir stellen daher die Effizienz solcher Maßnahmen in Frage. Dass eine alternative Antwort auf Terrorismus möglich ist, zeigt das Bekenntnis der norwegischen Regierung zu einer offenen Gesellschaft nach den Anschlägen in Oslo und Utøya.

<https://aussenpolitik.piratenpad.de/94->

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4571.html>

Ja: **379 (93%)** · Enthaltung: **18** · Nein: **29 (7%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA491](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA491)



# 13 Thema: Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle

## 13.1 Programmantrag: Vision einer kernwaffenfreien Welt

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

### **Vision einer kernwaffenfreien Welt**

Die PIRATEN teilen die Vision einer kernwaffenfreien Welt und möchten diese durch konkrete Schritte - wo immer sie sich ergeben - verwirklichen. Dazu unterstützen wir Initiativen, welche Kommunikation, Vertrauensbildung und Transparenz zwischen den Staaten unter Berücksichtigung der jeweiligen Sicherheitsinteressen fördern. Die Ziele der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung sollen dabei parallel verfolgt werden.

**Begründung:** Kernwaffen gehören zweifelsfrei zu den schrecklichsten Waffen der Menschheitsgeschichte. Aus diesem Grund halten wir es für ein notwendiges langfristiges Ziel sich dieser Waffen zu entledigen. Wie die konkreten Schritte dahin aussehen werden, dass wissen wir zu diesem Zeitpunkt nicht, aber wir werden uns für die Vision einer kernwaffenfreien Welt stark machen. Wir sind der festen Überzeugung, dass mehr Transparenz im Bereich Kernwaffen nicht nur das Vertrauen zwischen den Nationen und ihrer Bevölkerung erhöht sondern auch eine ganz wesentliche Grundlage weiterer Gespräche bildet. Um der Vision einer kernwaffenfreien Welt gerecht zu werden ist darauf zu achten dass keine neuen Kernwaffenstaaten entstehen als auch dass bestehende Kernwaffenstaaten ihre Bestände reduzieren. Da beide Ziele von großer Bedeutung ist muss man sie parallel verfolgen.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

<http://aussenpolitik.piratenpad.de/114>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4658.html>

Ja: **402 (97%)** · Enthaltung: **8** · Nein: **14 (3%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA492](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA492)

## 13.2 Programmantrag: Ablehnung der nuklearen Teilhabe

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

### **Ablehnung der nuklearen Teilhabe**

Die Piratenpartei Deutschland lehnt die nukleare Teilhabe ab und setzt sich für ihre Abschaffung innerhalb der NATO ein.

**Begründung:** Die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO widerspricht dem Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Bei der nuklearen Teilhabe werden Kernwaffen an NATO-Bündnispartner vergeben (Bsp. Deutschland) die diese dann unter gewissen Restriktionen einsetzen können. Wir halten diese Praxis unter dem Gesichtspunkt der Nichtverbreitung problematisch und bestreiten die militärische Notwendigkeit. Aus diesem Grund und lehnen wir diese Praxis ab und sehen darin einen Schritt zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

### **Zusatzinfo**

Die nukleare Teilhabe ermöglicht Nichtkernwaffenstaaten die Verfügung über Kernwaffen. Die Befehlsgewalt über "geteilte" Nuklearwaffen besitzt weiterhin die USA, während die eingeschränkte Kommandogewalt an den Partner weitergegeben wird. Daneben bestehen Überlegungen die nukleare Teilhabe auch auf Nicht-NATO-Partner auszuweiten. Die nukleare Teilhabe steht im Widerspruch mit dem Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen und ist daher abzulehnen.

Programmantrag: Ablehnung der nuklearen Teilhabe

<http://aussepolitik.piratenpad.de/115>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4659.html>

Ja: **237 (92%)** · Enthaltung: **168** · Nein: **22 (8%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA498](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA498)

### 13.3 Programmantrag: Abzug der Kernwaffen aus Deutschland

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

#### **Abzug der Kernwaffen aus Deutschland**

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den unilateralen Abzug der Kernwaffen aus Deutschland ein.

**Begründung:** Der Abzug der (amerikanischen) Kernwaffen aus Deutschland ist zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt absolut notwendig. Weder besteht die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung durch substrategische (taktische) Kernwaffen, noch gibt es glaubhafte Anwendungsszenarien für diese Waffen. Die atomare Abschreckung ist zudem - sollte man an ihr festhalten wollen - durch auf U-Booten stationierte Kernwaffen dauerhaft gewährleistet. Da die momentan in Deutschland stationierten Kernwaffen keine Funktion besitzen aber Kosten verursachen ist ein Abzug dieser Waffen aus Deutschland anzustreben.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

Programmantrag: Abzug der Kernwaffen aus Deutschland

<http://aussenpolitik.piratenpad.de/116>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4660.html>

Ja: **410 (97%)** · Enthaltung: **12** · Nein: **14 (3%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA494](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA494)

### **13.4 Programmantrag: Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa**

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

#### **Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa**

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für den unilateralen Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus allen europäischen Staaten ein. Dies wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, mit der weitere nukleare Abrüstung erleichtert werden soll.

**Begründung:** Der Abzug der (amerikanischen) Kernwaffen aus Europa ist zur Verwirklichung einer kernwaffenfreien Welt absolut notwendig. Weder besteht die Notwendigkeit der atomaren Abschreckung in Europa noch gibt es glaubhafte Anwendungsszenarien für diese Waffen. Die atomare Abschreckung ist zudem - sollte man an ihr festhalten wollen - durch auf U-Booten stationierte Kernwaffen dauerhaft gewährleistet. Da die momentan in Europa stationierten Kernwaffen keine Funktion besitzen aber Kosten verursachen ist ein Abzug dieser Waffen aus Europa anzustreben. Diese Forderung betrifft nicht die Kernwaffen von Frankreich und Großbritannien obwohl wir es begrüßen würden, wenn weitere Staaten die Vision einer kernwaffenfreien Welt begrüßen würden. Wir begrüßen unilaterale Abzüge von Kernwaffen ohne die Einforderung von - wie auch immer gearteten - Gegenleistungen und sehen darin eine Geste des Vertrauens die ein positives Klima schaffen und weitere Schritte zur nuklearen Abrüstungen beschleunigen. Wir sehen uns durch historische Ereignisse dieser Art in dieser Forderung bestätigt. (In den 1990iger Jahren zogen die USA ein großen Teil ihrer substrategischen Kernwaffen aus Europa ohne politische Forderungen auf Gegenleistung ab. Diese Geste des guten Willens aufgreifend taten es ihnen die Russen nach und zogen ebenfalls einen Großteil ihrer substrategischen Kernwaffen aus Europa zurück. Wir als Piraten würden eine Wiederholung dieser freiwilligen Abzüge ohne politische Forderungen begrüßen.)

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

Programmantrag: Abzug der amerikanischen Kernwaffen aus Europa

<http://aussenpolitik.piratenpad.de/117>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4661.html>

Ja: **410 (96%)** · Enthaltung: **4** · Nein: **17 (4%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA495](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA495)

### **13.5 Programmantrag: Erweiterung der IAEO Kontrollen und Verbesserung der Finanzierung**

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

#### **Erweiterung der IAEO Kontrollen und Verbesserung der Finanzierung**

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Einführung nuklearer Sicherungsmaßnahmen für den zivilen Kernbrennstoffkreislauf auch in Kernwaffenstaaten ein. Zu diesem Zweck muss die Ausstattung der IAEO soweit verbessert werden, dass sie die wachsenden Verpflichtungen erfüllen kann.

**Begründung:** Bis heute kann die IAEO grundsätzlich nur den nuklearen Spaltstofffluss auf der Grundlage von Eigenberichten und Materialbilanzen der zu kontrollierenden Staaten verifizieren. Das 1997 beschlossene Zusatzprotokoll zum Verifizierungsabkommen hat zwar Fortschritte gebracht, ist aber von vielen Staaten noch nicht ratifiziert worden. Verdachtskontrollen gibt es nur sehr eingeschränkt und nur nach Voranmeldung. Unangekündigte Vor-Ort-Kontrollen fehlen ebenso wie unbehinderte freie Inspektions- und Ermittlungsrechte. Die Kernwaffenstaaten sind zudem von den Verifizierungsmaßnahmen weitgehend ausgenommen. Auch muss die personelle und finanzielle Ausstattung der IAEO drastisch verbessert werden. Die etwa 350 Inspektoren weltweit reichen bei weitem nicht aus, um die große Zahl der Nuklearanlagen zu überwachen. Nur ein relativ kleiner Teil des IAEO-Haushalts von jährlich etwa 300 Mio. Euro steht für die IAEO Inspektionsabteilung zur Verfügung. Wirksame internationale Kontrollen sowie die Förderung und der Schutz von gesellschaftlichen Whistleblowern würden die Unsicherheiten über die Aktivitäten der nuklearen Schwellenländer erheblich verringern und vertrauensbildend wirken. Das würde die Bereitschaft der Staaten erhöhen, allein den Vereinten Nationen und ihren Organen die Sanktionierung von Verstößen gegen den Kernwaffensperrvertrag zu überlassen

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

**Zusatzinfo:** Manche Kritiker sehen die IAEO als "Lobbyisten" der Atomlobby. Dies wird mit der IAEO-Satzung begründet, in der es heißt: "The Agency shall seek to accelerate and enlarge the contribution of atomic energy to peace, health and prosperity throughout the world." Abgesehen von der Ablehnung pauschaler Unterstellungen sehen wir die Rolle der IAEO differenzierter.

Die "Förderung der Kernenergie" seitens der IAEO beschränkt sich auf Studiengruppen, die eine Vielzahl von Tagungsbänden und Lehrbücher über Kernenergie, Kerntechnik und Reaktorsicherheit veröffentlicht (transparent auf der IAEO Webseite als PDF downloadbar). Diese Informationen sind für Drittländer sehr nützlich. Eine finanzielle Förderung der Kernenergie, wie sie einige Länder fordern, findet nicht statt und ist auch weder von uns, noch von wohlhabenden Ländern gewollt.

Die Publikationen der IAEO ("Förderung der Kernenergie") sind für viele Staaten ein wesentlicher Anreiz sich dem Kontrollsystem der IAEO unterzuordnen. Als Piratenpartei fordern wir den Ausbau dieser Kontrollfunktion und die damit notwendige bessere Ausstattung dieser Behörde. Eine Streichung der Förderung würde den wesentlichen positiven Anreiz nehmen, sich dieser kostenintensiven Kontrolle zu unterziehen. Eine Stärkung der Überwachung der Kernbrennstoffkreisläufe wäre ohne positive Anreize für die Teilnehmerstaaten unattraktiv und somit nicht umsetzbar.

Programmantrag: Erweiterung der IAEO Kontrollen und Verbesserung der Finanzierung

<http://ausserpolitik.piratenpad.de/118>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4662.html>

Ja: **375 (95%)** · Enthaltung: **18** · Nein: **20 (5%)** · **Angenommen**



### 13.6 Programmantrag: Transparenz der Bestände von Kernwaffen und Sprengköpfen

Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:

#### Transparenz der Bestände von Kernwaffen und Sprengköpfen

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Publikation der Bestände von militärischen Nuklearmaterial und Sprengkopffzahlen ein.

**Begründung:** Die Kernwaffenstaaten besitzen riesige Bestände von Plutonium und hochangereichertem Uran, die aus der nuklearen Abrüstung stammen oder als Reserve für weitere Aufrüstung vorgesehen waren. Diese Bestände würden für eine schnelle Produktion für viele Zehntausende von Sprengköpfen ausreichen. Informationen über die Mengen werden von den meisten Kernwaffenstaaten zurückgehalten, nur die USA und Großbritannien haben Zahlen publiziert. Die anderen Kernwaffenstaaten sollten bewegt werden, ebenfalls Informationen zu ihren Beständen zu veröffentlichen. Unbekannt sind auch die weiteren Zweckbestimmungen dieser Materialien: Sollen sie als weitere militärische Reserven vorgehalten werden? Sollen sie für die zivile Kernenergie verwendet werden? Oder sollen sie entsorgt werden?

Die Kernwaffenstaaten halten außerdem die Zahl ihrer Atomwaffen geheim. Es gibt stationierte Atomwaffen, einige in Reserve, sowie einige abgerüstete. Aber auch bei den "abgerüsteten" sind viele Nuklearsprengköpfe weiterhin intakt gelagert und könnten schnell wieder auf Träger montiert werden. Es fehlen Transparenz und genauere Angaben über die Zahlen und den Zustand von Atomwaffen. Bei den Vereinten Nationen sollte man ein offizielles Kernwaffen- und Spaltstoffregister einrichten, in denen diese Zahlen regelmäßig aktualisiert werden. Die internationale Gemeinschaft hätte damit einen Überblick über den Stand der nuklearen Abrüstung.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

Programmantrag: Transparenz der Bestände von Kernwaffen und Sprengköpfen

<http://ausenpolitik.piratenpad.de/119>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4663.html>

Ja: **411 (97%)** · Enthaltung: **7** · Nein: **12 (3%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA499](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA499)

## 13.7 Programmantrag: Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen (geändert)

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für einen bedingungslosen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen ein.

**Begründung:** Ein Ersteinsatz von Kernwaffen geht von der Annahme aus, dass ein Atomkrieg begrenzt wäre. Diese Annahme teilen wir nicht. Im Kalten Krieg diente die Strategie der Option eines Ersteinsatzes dazu, auch konventionelle Angriffe abzuschrecken. Sowohl im Westen als auch im Osten war sie motiviert durch eine vermeintliche konventionelle Übermacht der anderen Seite. Nach dem Ende des Kalten Krieges sind solche Angriffe nicht mehr vorstellbar. Heutzutage sollen Kernwaffen noch einen "Zweitschlag" ermöglichen, also der Abschreckung eines Nuklearangriffs dienen. Die Überzeugungskraft eines Zweitschlags wird aber nicht beeinträchtigt, wenn man auf einen Erstschlag verzichtet. Ein solcher erster Schritt könnte die Bedeutung von Kernwaffen weiter verringern.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

### **Historie:**

Dieser Antrag stand in ähnlicher Form im Liquid Feedback und fand große Zustimmung.

Ja: **261 (88%)** · Enthaltung: **166** · Nein: **34 (12%)** · **Angenommen**

Aufgrund eines fachlichen Mangels wurde der Antrag insofern umgebaut, als dass dieser nicht mehr explizit die Erschlagskapazitäten der NATO Mitgliedsstaaten betrifft. Er ist in dieser Form umfassender als die ursprüngliche Fassung, aber auch kompatibler mit dem zentralen Ziel einer kernwaffenfreien Welt.

Programmantrag: Verzicht des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen (geändert)

<http://aussenpolitik.piratenpad.de/113>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4664.html>

Ja: **261 (88%)** · Enthaltung: **166** · Nein: **34 (12%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA500](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA500)



## 13.8 Programmantrag: Unterstützung des CTBT und FM(C)T Vertrages

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

### **Unterstützung des CTBT und FM(C)T Vertrages**

Die Piratenpartei Deutschland unterstützt alle Bemühungen, die das Inkrafttreten des CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty/ Teststoppvertrag) fördern. Wir unterstützen auch alle Bemühungen, mit den Verhandlungen zum FM(C)T (Fissile Material Cutoff Treaty) zu beginnen.

**Begründung:** Der Teststoppvertrag ist seit Jahrzehnten das wichtigste Symbol für nukleare Abrüstung. Er verhindert die Entwicklung weiterer neuartiger Waffen und dient gleichzeitig der Nichtverbreitung. Er tritt erst in Kraft, wenn ihn eine bestimmte Zahl von Ländern ratifiziert. Es fehlen noch die USA, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea und Iran, von diesen haben Indien, Pakistan und Nordkorea noch nicht unterzeichnet. Wenn die USA ratifizieren würde, würde China vermutlich folgen. Dann wäre es einfacher, auch auf die anderen Staaten einzuwirken.

Der FM(C)T ist zu Unrecht völlig unbekannt. Er soll die Produktion von kernwaffenfähigen Materialien für Waffenzwecke verbieten. Ein Moratorium wird bereits von den USA, Rußland, China, Großbritannien und Frankreich eingehalten. Während der CTBT den qualitativen Rüstungswettlauf beenden soll, würde der FM(C)T die Beendigung des quantitativen Wettlaufs einleiten. Der Verhandlungsbeginn scheitert zur Zeit am Widerstand Pakistans. Die Bundesregierung sollte sich als großer Nichtkernwaffenstaat mit Erfahrung in ziviler Kernenergie stärker engagieren

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

**Zusatzinfo:** Infos zum FM(C)T findet ihr hier:

[http://wiki.piratenpartei.de/FAQ\\_zum\\_Fissile\\_Material\\_%28Cutoff%29\\_Treaty](http://wiki.piratenpartei.de/FAQ_zum_Fissile_Material_%28Cutoff%29_Treaty)

Programmantrag: Unterstützung des CTBT und FM(C)T Vertrages

<http://ausenpolitik.piratenpad.de/120>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4665.html>

Ja: **315 (97%)** · Enthaltung: **21** · Nein: **11 (3%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA501](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA501)

## 13.9 Programmantrag: Förderung von Kernwaffenfreien Zonen

**Der Bundesparteitag möge beschließen folgenden Text in das Grundsatzprogramm in einem neu zu schaffenden Kapitel "Außen- & Sicherheitspolitik" aufzunehmen:**

Förderung von Kernwaffenfreien Zonen

Auf dem Weg zu einer kernwaffenfreien Welt ("Global Zero") setzt sich die Piratenpartei Deutschland als vertrauensbildende Maßnahme für die Schaffung einer Kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und anderen Regionen weltweit ein.

**Begründung:** Es gibt bereits eine Reihe von Kernwaffenfreien Zonen, die durch entsprechende Verträge geregelt sind, nämlich in Südamerika (Tlatelolco-Vertrag), Afrika (Pelindaba-Vertrag), Südpazifik (Rarotonga-Vertrag), der Antarktis (Antarktis-Vertrag), in der Mongolei (ATF Zone Mongolei), in Südostasien (Bangkok-Vertrag), in Zentralasien (Semei-Vertrag) und im Gebiet der Ex-DDR und Berlin (2+4-Vertrag). Einige dieser Verträge enthalten auch umfangreiche Bestimmungen zur Transparenz und Verifikation, sowie zur Kooperation bei der Nichtverbreitung. Mehrere europäische Staaten, darunter auch einige NATO-Mitglieder, verbieten die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium. Es ist im deutschen und europäischen Interesse, daß auch Rußland seine Kernwaffen hinter den Ural zurückzieht. Um die Russen dafür zu motivieren, ist nicht nur ein einseitiger Verzicht auf Stationierung von Kernwaffen außerhalb der USA sinnvoll, sondern auch weitere Vorbereitungen. Dazu würde das - offiziell erklärte - Ziel einer Kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gehören. Konsequenterweise sollte man ähnliche Bemühungen weltweit unterstützen.

Dieser Antrag entstand auf dem Campus Internationale Beziehungen in Frankfurt (CIBFFM) nach einem wissenschaftlichen Seminar über Nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle. Er fand eine Mehrheit in der AG Außenpolitik und der UG Verteidigung. Nähere Informationen über das Seminar inkl. Vortragsmaterialien, Videoaufzeichnungen und Quellen findet man: <http://bit.ly/CIBFFM>

Programmantrag: Förderung von Kernwaffenfreien Zonen

<http://ausenpolitik.piratenpad.de/121>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/4666.html>

Ja: **401 (96%)** · Enthaltung: **17** · Nein: **17 (4%)** · **Angenommen**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA502](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA502)

## 14 Positionspapier Israel / Palästina

Der Bundesparteitag möge folgenden Text als Positionspapier beschließen:

- Die PIRATEN erkennen das Existenzrecht Israels an und befürworten mit Nachdruck die Schaffung eines palästinensischen Staates.
- Die PIRATEN treten für eine werturteilsfreie Politik gegenüber beiden Seiten ein und streben eine gerechte und friedliche Lösung des Konflikts unter Einbeziehung der Nachbarstaaten an, um eine umfassende Lösung der in der UN-Resolution 242 dargestellten Konflikte abschließend zu erzielen.
- Die PIRATEN plädieren daher für ein Ende jeglicher Gewaltanwendung und eine Wiederaufnahme von Verhandlungen, sowie für die gegenseitige Anerkennung aller Konfliktparteien als Verhandlungspartner.
- Die PIRATEN setzen sich für eine Vermittlerrolle der EU in diesem Konflikt ein, wenn dies von den Konfliktparteien gewünscht wird. Als wesentlicher Bestandteil der Bemühungen sollte, wo erforderlich, Hilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und der Wirtschaft durch die EU geleistet werden.
- Die PIRATEN setzen sich dafür ein, Programme und Foren zur Völkerverständigung zu etablieren. In diesem Sinne sollen gemeinsame Projekte im Rahmen von Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft besonders unterstützt werden.

== Begründung ==

== Begründung und Erklärung ==

<https://aussepolitik.piratenpad.de/58>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3788.html>

Ja: **253 (65%)** · Enthaltung: **197** · Nein: **134 (35%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/P039](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/P039)

== Die einzelnen Punkte ==

1.) Wir treten für eine Mehr-Staaten-Lösung ein. Das Existenzrecht Israels ist nicht infrage zu stellen, jedoch betrachten wir auch die Forderung der Palästinenser als legitim an und halten den Aufbau eines selbstständigen und unabhängigen palästinensischen Staates für unabdingbar. Dessen Anerkennung ist dabei ein wichtiges Ziel. Wir sind uns einig darin, dass diese Anerkennung weder am Anfang, noch am Ende dieses Staatswerdungsprozesses erfolgen kann, sondern zu einem absehbaren Punkt im Laufe des Prozesses. Wann dieser Punkt der Anerkennung stattfindet obliegt jedem einzelnen Staat der Staatengemeinschaft. Damit kann gleichzeitig von außen ein sanfter aber stetiger Handlungsdruck auf die Konfliktparteien ausgeübt werden.

2.) Wir möchten als Piraten darauf hinwirken, dass in diesem Konflikt nicht einseitig Partei ergriffen wird, da andernfalls nicht glaubhaft vermittelt werden kann, wie ein gerechter Ausgleich zwischen den Konfliktparteien geschaffen werden kann. Wir sind der Meinung das nur Verhandlungen auf Augenhöhe hierfür der einzig gangbare Weg sind. Dabei stellen wir fest, dass die in Folge des Sechststagekrieges (1967) erfolgte Resolution 242 zwar die richtigen Ziele vorgibt, jedoch durch die Vermengung von mehreren Konflikten (Sinai, Golan und Westjordanland), einer Konfliktlösung eher entgegen wirkt. Wir plädieren deswegen für einen pragmatischen und flexiblen Ansatz, der sich zwar an der Resolution orientiert, sich jedoch ausschließlich auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern konzentriert. Mit Bedauern

stellen wir fest, dass die Siedlungspolitik Israels Fakten geschaffen hat, die nicht ohne weiteres revidierbar sind. Deshalb muss die letztendliche Grenzziehung den Konfliktparteien überlassen werden. Wir betonen jedoch mit Nachdruck, dass diese ausgeglichen sein muss.

3.) Wir vertreten die Meinung, dass ohne das Beenden gegenseitiger Angriffe und einer gegenseitigen Anerkennung der Konfliktparteien als Verhandlungspartner jegliche Bemühungen zum Scheitern verurteilt sind. Dieser erste Schritt ist für ein gutes Ergebnis unabdingbar.

4.) Als transnationale Bewegung befürworten die Piraten eine Vermittlerrolle der Europäischen Union (EU), so sie von den Konfliktparteien gewünscht ist. Das ist von Vorteil, da die EU eben keine einzelnen nationalstaatlichen Interessen vertritt, sondern aus sich heraus schon einen Kompromiss zwischen diesen darstellt. Gleichzeitig verfügt die EU vielfältige Möglichkeiten, die Konfliktparteien sowohl technisch als auch wirtschaftlich zu unterstützen.

5.) Aus unserer eigenen europäischen Geschichte haben wir schmerzhaft erfahren müssen, dass ein nachhaltiger Frieden nicht allein durch die Abwesenheit von Krieg zustande kommt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wechselseitige Kontakte auf ziviler Ebene sich als gute Plattform eignen, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und so auf eine Aussöhnung unterstützend einwirken zu können. Deshalb befürworten wir Projekte, welche zu vielschichtigen Verflechtungen führen, die Integrität der Region stärken und so zur Basis einer friedlich nachbarschaftlichen Beziehung beitragen.

=== Historie ===

Dieses ist ein offizielles Positionspapier der AG Außen- und Sicherheitspolitik.

Dieses Positionspapier fußt auf einem großen Rahmen zum Nahost-Konflikt, der bereits 2009 verfasst wurde. Dieses ursprüngliche Papier wurde in den letzten Jahren immer wieder in der AG Außen- und Sicherheitspolitik aufgegriffen und federführend bearbeitet bzw. weiterentwickelt.

==== Diskussionen ====

Diskussion Nahost Konflikt 2009

<http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=132&t=8851>

Diskussion Nahost Konflikt 2010/2011

<https://ausenpolitik.piratenpad.de/13>

Das Zustandekommen des vorliegenden Papiers kann auf folgenden Protokollen chronologisch nachvollzogen werden:

[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Außenpolitik/Protokoll/AG\\_Aussen\\_2012.01.25](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/Protokoll/AG_Aussen_2012.01.25)

[http://wiki.piratenpartei.de/AG\\_Außenpolitik/Protokoll/AG\\_Aussen\\_2012.02.08](http://wiki.piratenpartei.de/AG_Außenpolitik/Protokoll/AG_Aussen_2012.02.08)

Nach Ende des LQFB Meinungsbildes wurde das Wort "zwei" durch "Mehr" ersetzt, da wir keine Zielvorgaben im Prozess vorgeben können.

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3788.html>

== Was ist der Zweck dieses Positionspapiers ==

Die Piratenpartei wird sich auch angesichts des nahenden Bundestagswahlkampfes mit vielen außenpolitischen Fragen beschäftigen und dazu Stellung nehmen müssen. Ziel des vorliegenden Positionspapiers ist es, diversen Parteiorganen und Amtsträgern eine Äußerung im Bezug auf den Nahostkonflikt auf der Basis eines Parteibeschlusses anzubieten. Ein erster Schritt ist dieses Positionspapier. Wird es in einer Abstimmung verabschiedet, soll es auch dem Bundesparteitag vorgelegt werden.

Das Positionspapier hat ausdrücklich nicht das Ziel den Nahostkonflikt zu lösen, oder gar den Verhandlungspartnern eine bestimmte Lösung anzubieten oder aufzudrängen. Diesen Anspruch können wir gar nicht erheben, da dazu eine genauere Analyse und konkretere Maßnahmen als eine bloße Meinungsäußerung benötigt werden.

Damit wir überhaupt zu diesem Punkt gelangen können, brauchen wir allerdings eine Grundlage, die uns einen Ausgangspunkt vorgibt. Dementsprechend ist ein Auslassen von konkreteren Formulierungen bewusst gewählt. Es ist keinesfalls damit gleichzusetzen, dass es keine Ambition darüber hinaus gibt und nicht noch mehr zu diesem Thema gesagt werden könnte.

Wichtig ist jedoch, dass wir sowohl nach außen als auch nach innen grundsätzlich aufzeigen können, wo wir stehen. Dabei kommen wir aber auch nicht um die Nennung von Selbstverständlichkeiten herum.

# 15 UG Verteidigung

## 15.1 Transparenz im Verteidigungsausschuss

Transparenz im Verteidigungsausschuss

**Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:**

Alle Sitzungen des Verteidigungsausschusses, hier eingeschlossen sind auch die Sitzungen eines Untersuchungsausschusses, sind öffentlich.

Davon ausgenommen ist die nicht-öffentliche Genehmigung der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses. Dabei wird festgelegt, welche Themenkomplexe öffentlich verhandelt werden sollen beziehungsweise welche einer Einstufung unterliegen. Während der Sitzung werden personenbezogene Daten nur anonymisiert und pseudonymisiert verarbeitet. Die Aufschlüsselung der anonymisierten Daten wird in den geheimen Teil verlagert. Dies gilt nur für natürliche Personen. Um einen Tagesordnungs-Punkt in den nichtöffentlichen Teil zu überweisen ist eine 2/3 Mehrheit des Verteidigungsausschusses erforderlich.

### Antragsbegründung

Die Piratenpartei steht für Transparenz und Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung im Bereich der Verteidigungspolitik.

Nun ergeben sich folgende Probleme beim Verteidigungsausschuss:

- personenbezogene Daten dürfen nicht öffentlich behandelt werden (vgl. Datenschutz).
- Daten, die der Geheimhaltung unterliegen, dürfen nicht öffentlich behandelt werden. Die Einstufung der Daten nimmt der Herausgeber vor, welche auch nur von ihm geändert werden kann.
- Daten, die von anderen Ländern erhalten wurden und dort nicht öffentlich sind, dürfen in Deutschland ebenfalls nicht veröffentlicht werden.

Die Anonymisierung/Pseudonymisierung erfolgt nur bei natürlichen Personen, da die Rechtsprechung zu § 3 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) auch auf juristische Personen (Firmen) ausgeweitet wurde. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Firmen sollen zur Vorbeugung von Korruption explizit transparent sein.

(vgl. dazu [https://de.wikipedia.org/wiki/Personenbezogene\\_Daten](https://de.wikipedia.org/wiki/Personenbezogene_Daten) "Das deutsche Bundesrecht definiert in § 3 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) personenbezogene Daten als „Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbaren natürlichen Person“. Die entsprechenden landesgesetzlichen Definitionen haben den gleichen oder einen ähnlichen Wortlaut. Der in Deutschland geltende Grundsatz, dass nur die Daten natürlicher Personen unter die gesetzliche Definition fallen, wird v. a. durch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung durchaus infrage gestellt und sogar aufgeweicht, indem zunehmend auch auf Unternehmen die Regelungen der Datenschutzgesetze angewendet werden. So entschied das Verwaltungsgericht Wiesbaden, dass datenschutzrechtliche Vorgaben „auch auf juristische Personen, soweit ein grundrechtlich verbürgtes Recht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 14 GG gegeben ist, entsprechend“ anzuwenden sind. Am 27. Februar 2009 bestätigte das Verwaltungsgericht Wiesbaden seine Rechtsprechung. Allerdings hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden keine unmittelbare Relevanz für die gesamte Bundesrepublik.")

Eine transparente Verteidigungspolitik erhöht das Vertrauen der Nachbarstaaten und ermöglicht somit eine Konfliktprävention.

Dieser Antrag wurde von der Untergruppe Verteidigungspolitik erarbeitet.

[https://piratenpad.de/p/UG\\_Verteidigung\\_Transparenz](https://piratenpad.de/p/UG_Verteidigung_Transparenz)

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3519.html>

Ja: 602 (**85%**) · Enthaltung: 64 · Nein: 110 (15%) · Angenommen

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA039](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA039)

## 15.2 Mitbestimmung der Bevölkerung bei Militäreinsätzen

Mitbestimmung über bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr

**Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:**

Die Verfahren zur Genehmigung von bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr sind um einen Volksentscheid zu ergänzen. Nach Mandatserteilung durch den Bundestag steht es 1% der wahlberechtigten Bevölkerung innerhalb einer gesetzlich festzulegenden Frist offen, per Unterschriftenliste eine Volksabstimmung zu initiieren. Wenn die Mehrheit der an der Wahl teilnehmenden Bürger gegen einen noch laufenden Einsatz stimmt, ist dieser zu beenden. Die erforderliche "Wahlbeteiligung" soll für eine verbindliche Entscheidung mindestens 50% erreichen.

### Antragsbegründung

Die Piraten stehen für eine Politik die von Bürgern ausgeht, insbesondere bei solch wichtigen Entscheidungen wie über bewaffnete Einsätze der Bundeswehr. Im Sinne der Demokratie wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Politik hat den Auftrag den Sinn und Zweck, von Auslandseinsätzen, der Bevölkerung transparent zu vermitteln. Angestrebt wird eine intensivere Kommunikation sowie Informationsaustausch zwischen Politik und Bürger. Den Bürgern wird die Möglichkeit eröffnet werden über das Bundestagsmandat laufender sowie geplanter Einsätze mitzubestimmen und gehört zu werden (Veto). Eine Frist soll zeitliche Nähe zur Mandatserteilung erzeugen. Durch eine solche Regelung wird auch gewährleistet, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung den Einsatz befürwortet, wodurch die Soldaten sich auch auf ausreichenden Rückhalt in der Bevölkerung stützen können, sofern die Abstimmung positiv ausgeht.

In Zukunft sollen nur Missionen gestartet werden, die einen klaren Auftrag an die Truppe mit erreichbaren Zielen haben.

Ein negatives Beispiel ist der ISAF Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Dieser Antrag wurde von der [Untergruppe Verteidigungspolitik](#) erarbeitet.

[https://piratenpad.de/p/UG\\_Verteidigung\\_Transparenz](https://piratenpad.de/p/UG_Verteidigung_Transparenz)

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3867.html>

Ja: 287 (82%) · Enthaltung: 62 · Nein: 62 (18%) · Angenommen

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA040](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA040)



### **15.3 Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption im Verteidigungsausschuss**

Maßnahmen zur Verhinderung von Korruption im Verteidigungsausschuss

**Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:**

Mitglieder des Verteidigungsausschusses dürfen für fünf Jahre nach der Beendigung ihrer Mitgliedschaft keine Tätigkeit bei Unternehmen aufnehmen, die Rüstungsverträge mit der Bundesregierung während ihrer Amtszeit abgeschlossen haben.

#### **Antragsbegründung**

Eine Karenzzeit für Mitglieder des Verteidigungsausschusses begründet sich aus der Notwendigkeit zur Verhinderung von Lobbyismus und Korruption.

Die Verwaltung des Bundestages führt eine Liste von Unternehmen, mit denen in einer Legislaturperiode Rüstungsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen wurden.

Die Mitglieder des Verteidigungsausschusses haben die Pflicht jedwede Tätigkeit bei einer dieser Firmen anzuzeigen und diese unverzüglich zu beenden. Verstöße werden als Straftatbestände geahndet. (vgl. Initiative 108e)

Durch diese Maßnahmen soll eine Verquickung von Parlamentariern und Rüstungs-/Sicherheitsindustrie erschwert werden.

Die Beeinflussung von politischen Entscheidungen durch spätere Vergütung mittels Beratervertrag soll ausgeschlossen werden.

Dieser Antrag wurde von der [Untergruppe Verteidigungspolitik](#) erarbeitet.

[https://piratenpad.de/p/UG\\_Verteidigung\\_Transparenz](https://piratenpad.de/p/UG_Verteidigung_Transparenz)

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/issue/show/2015.html>

Ja: 616 (93%) · Enthaltung: 47 · Nein: 47 (7%) · Angenommen

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA041](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA041)

## 15.4 Transparenz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern

Transparenz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern

**Es wird beantragt im Wahlprogramm an geeigneter Stelle einzufügen:**

Alle mit nationalen und internationalen Firmen abgeschlossenen Beschaffungs-/Dienstleistungsverträge für die Bundeswehr sind offenzulegen. Dies gilt im gleichen Maße für das Ausschreibungsverfahren. Technische Details der Ausschreibung von Rüstungsgütern werden von der Offenlegung ausgeschlossen.

### Antragsbegründung

Ein Entscheider wird dadurch davon abgehalten werden, Dinge zu unterschreiben, die in keiner Relation zu ihrem Nutzen stehen und sich auf die Streitkräfte nachteilig auswirken.

Eine Offenlegung der Verträge ermöglicht:

- Kostenkontrolle
- Effektivität
- Kontrolle wie Entscheidungen zustande kommen und ob diese auch im Sinne der Betroffenen und des Staates getroffen werden
- Erschwerung von Korruption

Die Sicherheit von Menschen steht an erster Stelle. Um niemanden zu gefährden sind technische Details, wie zum Beispiel Waffensysteme, Technologie, Software, von der Offenlegung ausgeschlossen. Dadurch kann der eigentliche Vertragsinhalt hinsichtlich den kaufmännischen Bedingungen problemlos veröffentlicht werden, ohne Risiken für die Truppe entstehen zu lassen. Es ist ausreichend, wenn eine grundsätzliche Beschreibung des Waffensystems veröffentlicht wird. Hier kann bereits Sinn und Unsinn einer Beschaffung erkannt werden.

Dieser Antrag wurde von der [Untergruppe Verteidigungspolitik](#) erarbeitet.

[https://piratenpad.de/p/UG\\_Verteidigung\\_TransparenzBe](https://piratenpad.de/p/UG_Verteidigung_TransparenzBe)

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/3573.html>

Ja: 658 (96%) · Enthaltung: 57 · Nein: 29 (4%) · Angenommen

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA042](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA042)

## 16 Adoptierte Anträge

### 16.1 Interventionskritische Außenpolitik (hat jemand "tm" ohne Absprache eingestellt)

Die Piratenpartei setzt sich grundsätzlich für eine friedliche und kooperative Politik auch in den internationalen Beziehungen ein. Der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele ist stets das schlechteste Mittel, da neben der erheblichen Gefährdung der Zivilbevölkerung die langfristigen Folgen unkalkulierbar sind.

Daher schließen die Piraten - nach den anlässlich der Potsdamer Konferenz entwickelten Maßstäben - militärische Maßnahmen nicht grundsätzlich aus, wobei diese stets unter strengsten Maßstäben, einer klaren Zieldefinition, einer vorherigen zeitlichen Begrenzung und durch eine parlamentarische Kontrolle legitimiert werden müssen.

- Wir sind daher der Auffassung, dass es nicht gerechtfertigt ist, den Einsatz militärischer Gewalt unter allen denkbaren Umständen auszuschließen.
- Wir halten es für gerechtfertigt, sich selbst zu verteidigen, also dann wenn das eigene Land angegriffen wird.
- Wir sind bereit militärisch einzugreifen, falls ein Bündnispartner durch reguläre Streitkräfte angegriffen wird.
- Wir befürworten den Einsatz friedenserhaltender UNO-Truppen. (Blauhelme)
- Dabei soll als Voraussetzung gelten, dass nur die Völkergemeinschaft ein Mandat erteilt, jedoch kein Automatismus zur Beteiligung folgt und jedes nationale Parlament über die Beteiligung des eigenen Landes entscheidet.
- Bei Vorliegen von Völkermord schließen wir den Einsatz militärischer Gewalt nicht aus und halten diesen in engen Grenzen auch für legitim.
- Außer in Fällen der Begehung von Völkermord lehnen wir militärische Interventionen aus sonstigen humanitären Gründen ab.

#### **Begründung:**

Im Gegensatz zu dem ähnlichen, im ersten Absatz wortgleichen, aber dennoch konkurrierenden Antrag "Verantwortung zum Schutz" hält sich dieser Antrag tatsächlich an den Potsdamer Kompromiss und geht nicht über ihn hinaus. Bei der Potsdamer Konferenz gab es nämlich keine Mehrheit für den Vorschlag, sich auch im Sinne einer "Responsibility to protect" an Auslandseinsätzen aus humanitären Gründen zu beteiligen. Bei dieser Einschätzung handelt es sich nicht um eine böswillige Unterstellung, sondern wird im Antragstext durch die Formulierung "in Anlehnung an die Potsdamer Konferenz" in der Überschrift selbst eingestanden und zum Ausdruck gebracht. Dieser interventionskritische Antrag hingegen möchte den Piraten die Möglichkeit geben, genau über den bei der Potsdamer Konferenz (Protokoll) ausgearbeiteten Kompromiss abzustimmen.

Der Grund für die ablehnende Haltung der Mehrzahl der Konferenzteilnehmer gegenüber einer Politik der "Responsibility-to-protect" (Verantwortung zum Schutz) ist darin zu sehen, dass umstrittene militärische Einsätze aus der jüngsten Geschichte eben genau mit der Notwendigkeit des Eingreifens aus "humanitären Gründen" der Bevölkerung schmackhaft gemacht wurden. Mittlerweile tauchen aber sowohl beim Einsatz im Kosovo als auch beim Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr erhebliche Zweifel an dieser Begründung auf.

Das Kriterium einer humanitären Intervention ist wesentlich unschärfer als das Kriterium des Völkermordes. Völkermord schließt eine militärische Intervention zwar nicht grundsätzlich aus, aber begrenzt sie weitestgehend und ist bei weitem nicht so missbrauchsanfällig wie der Alternativvorschlag, der im Grunde genommen die jetzige außenpolitische Praxis der NATO mit all ihren Schattenseiten widerspiegelt.

Dieser Antrag stellt klar, dass militärische Abenteuer wie in Afghanistan oder im Kosovo mit den Piraten nicht zu machen sind.

<https://aussepolitik.piratenpad.de/60>

<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/2394.html>

Ja: **253 (66%)** · Enthaltung: **85** · Nein: **133 (34%)**

[http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag\\_2012.2/Antragsportal/PA360](http://wiki.piratenpartei.de/Antrag:Bundesparteitag_2012.2/Antragsportal/PA360)